

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Ing. Hofer, Mag. Stefan,
und weiterer Abgeordneter

betreffend Schaffung eines Bundesverfassungsgesetzes über die Freiheit zur unbeschränkten Verwendung von Bargeld im Zahlungsverkehr

eingebracht im Zuge der Debatte über den Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (1664 d.B.): Bundesgesetz, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz geändert, das Datenschutzgesetz erlassen und das Datenschutzgesetz 2000 aufgehoben wird (Datenschutz-Anpassungsgesetz 2018) (1761 d.B.) in der 190. Sitzung des Nationalrates, am 29.06.2017.

Diese Staatszielbestimmung („Recht auf Barzahlung“) stellt klar, dass die Beschränkung der Verwendung von Bargeld im Zahlungsverkehr einen nicht zu rechtfertigenden Eingriff in die Freiheitsrechte der Bürger - nämlich in die Vertragsfreiheit bzw in die Privatautonomie - und in das Recht auf Datenschutz darstellt. Im Sinne einer Vertrauensbildung sollen weder auf österreichischer Ebene noch auf Ebene der Europäischen Union Maßnahmen gesetzt werden, die das Vertrauen der Bürger in die Bargeldbereitstellung und in das Recht auf Barzahlung erschüttern könnten.

Dem Recht auf Barzahlung steht der Annahmezwang für Banknoten bzw für Scheidemünzen gegenüber (siehe § 61 Nationalbankgesetz und § 8 Scheidemünzengesetz). Der Annahmezwang soll - abseits von Onlinegeschäften - grundsätzlich nicht im Rahmen der privatrechtlichen Vertragsautonomie eingeschränkt werden können.

Die Abschaffung des 500-Euro-Scheins und die Einführung von Bargeldlimits sind die ersten Schritte der EU zur kompletten Abschaffung des Bargeldes. Obwohl der Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB) Mario Draghi unlängst vor dem Wirtschaftsausschuss des Europäischen Parlaments versichert hat, dass ein Ende des 500-Euro-Scheins nichts mit einer Begrenzung des Bargelds zu tun habe, sind die Aussagen von Spitzenrepräsentanten der EU mit großer Vorsicht zu genießen, wie die folgenden zwei Zitate des derzeitigen Präsidenten der Europäischen Union Jean-Claude Juncker zeigen (https://de.wikiquote.org/wiki/Jean-Claude_Juncker):

- „Wenn es ernst wird, muss man lügen.“ (Juncker auf einer Abendveranstaltung zur Euro-Krise in Brüssel im April 2011).
- „Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter - Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.“

Unter dem Deckmantel der Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung wird immer wieder versucht, die Freiheitsrechte der Bürger einzuschränken. EZB-Präsident Draghi: „Der 500-Euro-Schein ist ein Instrument für illegale Aktivitäten.“ Das Problem ist jedoch nicht das Bargeld, wie Draghi behauptet, sondern die Feinde von Freiheit und Vermögen - und die sitzen in Brüssel in der EZB. Beim Bargeld wird so getan, als gäbe es in der digitalen Welt keine Kriminellen und keine Terroristen.

In einer Welt ohne Bargeld, in der alles, was man bargeldlos kauft und konsumiert, verfolgbar ist („digitaler Fingerabdruck“), gibt es keine Freiheit und keine Privatheit

mehr; denn die bargeldlose Zahlung ermöglicht die totale Kontrolle durch die EU und durch die Nationalstaaten. Das Ergebnis einer Welt ohne Bargeld ist der finanziell entmündigte und gläserne Bürger. Der Bevormundung des Bürgers wären keine Grenzen mehr gesetzt. Es macht sehr wohl einen Unterschied, ob ein Bürger freiwillig einen digitalen Fingerabdruck hinterlässt oder ob er mangels Bargeld gar keine andere Wahl hat. Diese Wahlfreiheit muss auch in Zukunft gegeben sein. Bargeld ist gedruckte Freiheit.

In Wirklichkeit geht es der EZB um die Erhöhung der Negativzinsen („Strafzinsen“), damit die hochverschuldeten Staaten - insbesondere in Südeuropa - zulasten der Sparer entschuldet werden können. Derzeit verlangt die EZB für Geldeinlagen der Banken einen Strafzins von 0,3%. Die Tresorkosten - also die Kosten der Aufbewahrung der Banknoten - implizieren eine natürliche Obergrenze für den Strafzins. Wenn die Banken nun gezwungen werden, statt der 500-Euro-Scheine die etwas kleineren 200-Euro-

Scheine zu halten, steigen die Tresorkosten und damit die Negativzinsen (vgl Hans-Werner Sinn, Präsident des deutschen ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, FAZ-Gastbeitrag vom 7.2.2016). Es ist sehr wahrscheinlich, dass die Banken diese Straf- bzw Negativzinsen an ihre Kunden bzw Sparer weitergeben werden. Ohne Bargeld wären aber die Sparer den Negativzinsen der Banken schutzlos ausgeliefert, weil die Sparer das Geld nicht mehr abheben könnten. Anstatt Zinsen für ihre Schulden zahlen zu müssen, erhalten die hochverschuldeten Staaten aufgrund der Negativzinsen Geld von den Sparern. Die Schulden werden also paradoxe Weise nicht mehr vom Schuldner getilgt, sondern vom Sparer. Durch die Negativzinsen kommt es somit zu einer Umverteilung des Vermögens von den Gläubigern bzw Sparern zu den Schuldner.

Der Plan die Bargeldzahlung einzuschränken oder auch abzuschaffen ist kein Gerücht mehr:

Kronen Zeitung vom 14.05.2015 Seite: 2

Ressort: Politik

Abend

Bekenntnis von Staatssekretär Harald Mahrer:

ÖVP will das Bargeld retten

„Harald Mahrer will Bargeld sichern.“

Wien. – Wie von der „Krone“ schon seit einiger Zeit thematisiert, macht sich jetzt auch die ÖVP für die Rettung des Bargelds stark. Wirtschafts-Staatssekretär Harald Mahrer legte dazu ein klares Bekenntnis ab. „Verschiedene Lobbying-Gruppen planen eine EU-weite Initiative zur Abschaffung des Bargelds“, sagt Mahrer. Das widerspreche den Ansprüchen eines Rechtsstaats westlicher Prägung, der den Schutz der Bürger sicherstellt. Daher werde er dagegen kämpfen.“

Oberösterreichische Nachrichten vom 16.06.2017 Seite: 1

Ressort: Seite 1

Bargeld abschaffen? Die Österreicher wehren sich

„Kritik an den Plänen der EU, Barzahlungen einzuschränken Österreich erledigen acht von zehn Einkäufen in bar.“

Linz/Wien. Die Debatte um die mögliche Abschaffung von Bargeld gewinnt an Brisanz. Bis Ende Mai lief eine Online-Befragung der EU-Kommission über die Einführung von Obergrenzen bei Bargeldzahlungen. Diese wird nun ausgewertet.

"Wehret den Anfängen", sagt Franz Portisch, Generalsekretär des Österreichischen Sparkassenverbands. Obergrenzen könnten letztlich zu einer Bargeld-Abschaffung führen. Die Ausgabe des 500-Euro-Scheins wird, wie berichtet, tatsächlich 2018 eingestellt. Und einige Länder haben die Prägung von Ein- und Zwei-Cent-Münzen gestoppt.

Die Österreicher wollen aber persönliche Freiheit und Anonymität beim Bezahlen, wie aus einer Studie der Nationalbank hervorgeht. Demnach werden in Österreich immer noch 82 Prozent der Einkäufe in bar bezahlt, obwohl es auch schon rund eine halbe Milliarde Kartenzahlungen pro Jahr gibt.

Portisch warnt davor, den Menschen "einen wesentlichen Teil der Privatsphäre" zu rauben, da jede elektronische Zahlungsform Datenspuren hinterlasse".

"Tiroler Tageszeitung" vom 12.06.2017 Seite 23

Ressort: Leserforum

Diskussion um Abschaffung des Bargeldes.

Ausgabe Innsbruck, Tirol Aktuell Unterland, Tirol Aktuell Oberland, Ausgabe Osttirol

Bargeld bleibt Zahlungsmittel

„Die Banken wollen die lästigen Zettel loswerden, um nur mehr mit Girogeld, also Buchungsgeld (Zahl auf einem Konto) jonglieren zu können. Was viele nicht wissen: gesetzliches Zahlungsmittel ist ausschließlich Bargeld. Rein theoretisch könnte man statt einer Überweisung auf der Zahlung mit Bargeld bestehen. Das heißt, dass sich der heutige Geldverkehr eigentlich in einer Grauzone abspielt. Die meisten Politiker wissen über das Schuldgeldsystem und die Geldschöpfung der Privatbanken mittels Krediten nicht Bescheid. In der Eurozone existieren ca. 800 Milliarden in Banknoten und Münzen, aber fast 4000 Milliarden als Zahl auf einem Konto. Die Ausgabe von Banknoten und Münzen ist noch die verbliebene Geldschöpfung des Staates. Scheinbar ist das den Banken ein Dorn im Auge. Dass Überweisungen im Euroraum ab einer Höhe von 3000 Euro vorgeschrieben werden sollen (oder schon sind), ist rechtlich also gar nicht gedeckt. Wir brauchen endlich Politiker, die nicht Handlanger der Bankenoligarchie sind, sondern echte Volksvertreter, die das Ganze im Auge haben Andreas Schlorhauser, 6020 Innsbruck“

Sparkassenverband lobbyiert für Bargeld

Utl.: Verlust von Privatsphäre droht - Umfrage der EU-Kommission zeigte massive Ablehnung von Obergrenzen für Bargeldzahlungen

Wien (APA) -

„Der Österreichische Sparkassenverband (ÖSPV) lobbyiert für den Erhalt von Bargeld. Es gehe nicht nur um die persönliche Entscheidungsfreiheit der Österreicher, sondern auch um den Erhalt der Privatsphäre, hält ÖSPV-Generalsekretär Franz Portisch in einer Aussendung fest. Der Sparkassenverband sei auch gegen eine Obergrenze für Bargeldzahlungen.

Die Abschaffung von Bargeld sei ein Problem für den Datenschutz: "Big brother' lässt grüßen und raubt den Menschen einen wesentlichen Teil der Privatsphäre, da jede elektronische Zahlungsform Datenspuren hinterlässt", so Portisch. "Bargeld ist noch immer das am besten funktionierende und am leichtesten zugängliche Zahlungsmittel. Es ist wichtig, gebräuchlich und vor allem für Privatpersonen und Klein- und Mittelbetriebe, die das Rückgrat der österreichischen Wirtschaft darstellen, das Zahlungsmittel der Wahl." Internetbanking werde "nie den Menschen und nie das Bargeld ersetzen können und wollen". (...)

Bis Ende Mai hatte die EU-Kommission eine Umfrage laufen, in der es um eine Harmonisierung der Obergrenze für Bargeldzahlungen ging. Zwar durfte die EU-Institution erst im Herbst ihre Schlüsse daraus publizieren, die Wünsche der Teilnehmer sind aber eindeutig: 95 Prozent wollen keine Obergrenze, geht aus den auf der Homepage publizierten Ergebnissen hervor. Gut 30.000 Antworten erhielt die EU-Kommission auf ihre Fragen, darunter waren die Österreicher mit 5.724 Antworten (18,88 Prozent) weit überproportional vertreten: Deutschland und Frankreich mit jeweils mehr als einem Drittel der Antworten

machen den Löwenanteil aus. 94 Prozent der Antwortenden geben sich als Privatpersonen aus.

Die Befürworter von Bargeld verweisen vor allem auf die Privatsphäre (87 Prozent) und darauf, dass Bargeld praktisch sei (67 Prozent). (...) 86 Prozent der Befragten glauben auch nicht, dass Obergrenzen für die Bargeldzahlung im Kampf gegen Terrorismus helfen würden. Knapp zwei Drittel glauben auch nicht, dass die Maßnahme gegen Steuerhinterziehung, organisierte Kriminalität, Geldwäsche oder andere Machenschaften helfen würde.“

“Vorarlberger Nachrichten” vom 30.05.2017

Ressort: VN-D

Andreas Treichl, seit 1997 Chef der Erste Bank, über Zinsen, Bargeld und Politik.

„Die Politik will Bargeld abschaffen, nicht wir“

VN-Gespräch. Andreas Treichl (64), CEO Erste Group

„Banker Andreas Treichl ist auch überzeugt, dass das Bargeld ein Auslaufmodell ist. „Die Transparenz wird immer größer, die Privatsphäre eingeschränkt.“ Irgendwann werde es kein Bargeld mehr geben, „aber nicht weil die Banken oder die Menschen das wollen, sondern weil die Politik das will.“ Seine Bank sei total dagegen, doch das spielt keine Rolle. (...)“

Vor diesem Hintergrund stellen die untenfertigten Abgeordneten folgenden

ENTSCHLIESSUNGSAНTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat ehest möglich eine Regierungsvorlage zuzuleiten, die eine verfassungsrechtliche Verankerung des Rechts auf Barzahlung beinhaltet. Weiters wird die Bundesregierung aufgefordert, sich für eine entsprechende Verankerung im EU-Recht einzusetzen“

